



ULRICH KELBER, MDB • PLATZ DER REPUBLIK 1 • 11011 BERLIN

Bundesministerium für
Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit
Der Minister
Dr. Norbert Röttgen

per eMail service@bmu.bund.de

Berlin, den 27. Dezember 2009

Klimakonferenz Kopenhagen und Ausblick auf die Klimakonferenzen in Bonn und Mexiko-Stadt

Sehr geehrter Herr Minister Dr. Röttgen,

mit Ihrem Brief vom Dienstag an die Mitglieder des Deutschen Bundestags sowie Ihren Interviews der letzten Tage haben Sie Ihre Sichtweise auf den Ablauf der UN-Klimakonferenz in Kopenhagen geschildert. Sie legen zu Recht die Hauptschuld den USA und China, verschweigen aber die verpassten Chancen der EU und Deutschlands. Dies lässt mich befürchten, dass Sie die Notwendigkeit für eine Neujustierung der deutschen bzw. europäischen Position und Strategie unterschätzen. Damit schmälern Sie die Erfolgsaussichten für die Folgekonferenzen in Bonn und Mexiko-Stadt.

Ihrer Einschätzung der unkooperativen Rollen der USA und Chinas, die zusammen für über 40% der weltweiten Emission von Treibhausgasen verantwortlich sind, stimmt die SPD uneingeschränkt zu. Wenn beide Staaten Führungsmächte sein wollen, dann gehört dazu auch, sich der jeweiligen Verantwortung mit entsprechenden Maßnahmen zu stellen. Die Grenzen des Einstimmigkeitsprinzips sind aber auch durch Vertreter einiger Ölstaaten, die die Konferenz offen blockierten, sowie die clownesken Auftritte einiger Staatschefs deutlich geworden. Dem müssen die EU und Deutschland Glaubwürdigkeit und die Strategie breiter Bündnisse entgegenstellen.

Es ist wichtig, dass Deutschland sich zu einer unkonditionierten Verminderung seiner Treibhausgas-Emissionen von 40% bis 2020 gegenüber 1990 verpflichtet hat. Dieses Ziel, in der letzten Legislaturperiode bekanntlich noch von Ihnen als parlamentarischen Geschäfts-

Büro Berlin
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel: 030 – 227 700 26
Fax: 030 – 227 760 08
Email: ulrich.kelber@bundestag.de

www.ulrich-kelber.de

Bürgerbüro Bonn
Clemens-August-Str. 64
53115 Bonn
Tel: 0228 - 280 3135
Fax: 0228 – 280 3136
Email: ulrich.kelber@wk.bundestag.de

führer der CDU/CSU-Fraktion bekämpft, bildet jetzt einen wichtigen Konsens im deutschen Parlament. Genauso wichtig wäre es, dass sich Deutschland offensiv für ein ebenso unkonditioniertes Ziel der EU einer Senkung der Treibhausgas-Emissionen von 30% einsetzt. Meine Quellen berichten mir, dass Deutschland in dieser Frage in Kopenhagen eher zu den blockierenden Staaten gemeinsam mit Italien und Polen gehörte. Damit wurde die Chance, durch ein glaubwürdiges europäisches Angebot neue Dynamik in die Verhandlungen zu bringen, durch die Bundesregierung verpasst. Mit einem unkonditionierten Angebot könnte die EU vor allem Schwellenstaaten wie Brasilien, Mexiko, Indien, Korea und Südafrika für ein wirkungswolles Klimaschutz-Abkommen gewinnen.

Sie schreiben in Ihrem Brief an die Bundestagsabgeordneten, die Industrieländer müssten schon aus Gründen „globaler Gerechtigkeit“ für „Entwicklungsländer langfristig und verlässlich Finanzmittel bereitstellen“. Diese richtige Formulierung steht aber im krassen Gegensatz zum Handeln der Bundesregierung. In Kopenhagen war der Beschluss der Koalition aus CDU/CSU und FDP vom 3. Dezember, die für den Klimaschutz bereitzustellenden Mittel vollständig auf die bereits für die Armutsbekämpfung zugesagten Finanzmittel anzurechnen, tagelang Gesprächsthema bei staatlichen Delegationen und NGO. Auch Sie haben diesen unseligen Beschluss mehrfach verteidigt, für den Deutschland erstmals auf einer Klimakonferenz die Negativauszeichnung „Fossil of the day“ bekam. Um Deutschlands Glaubwürdigkeit gegenüber den Entwicklungsländern wieder herzustellen, muss dieser Beschluss bis zur Klimakonferenz in Bonn zurückgenommen werden und sich Deutschland national und international für eine Finanztransaktionssteuer als zusätzliches Finanzierungsinstrument für den enormen Mittelbedarf einsetzen. Auf dieser Grundlage könnten wir noch vor den Konferenzen wichtige Bündnispartner in den Entwicklungsländern gewinnen.

Bleibt zuletzt die Unterfütterung des nationalen Ziels einer Minderung der Treibhausgasemissionen von 40%. Noch reichen die in den letzten Jahren beschlossenen Maßnahmen nicht für dieses Ziel. Außerdem enthält der schwarzgelbe Koalitionsvertrag leider auch Abschwächungen bestehender Instrumente des Klimaschutzes, namentlich die Rücknahme der Energieeffizienzziele auf das von der EU vorgegebene Minimalziel und die Verzögerung der Investitionen in moderne Kraftwerke und Erneuerbare Energien durch Vertagung wichtiger gesetzgeberischer Entscheidungen nach 2011 und 2012. Bis zu den UN-Klimakonferenzen in Bonn und Mexiko-Stadt sollte die Bundesregierung eine Nachschärfung der Klimaschutzmaßnahmen zur Erreichung des nationalen Ziels dem Parlament vorlegen.

Ich freue mich auf den weiteren Dialog mit Ihnen zu diesem Thema und wünsche Ihnen alles Gute für das wichtige neue Jahr 2010,

